

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 38 86 846 pobn d.

## Inhalt

Erwin Horn MdB setzt sich mit der Frage auseinander, ob der NATO elfeinhalb Panzerdivisionen fehlen: Mehr Meinung des Auftraggebers als objektiver Tatbestand.

Seite 1-3

Marie Schlei MdB sieht in der KSZ-Nachfolgekonferenz von Madrid die Chance zur Verbesserung des Zusammenlebens: Unsere Interessen ergänzen sich.

Seite 4/5

Alfred Emmerlich MdB begrüßt die Ernennung Jürgen Schmudes zum Bundesjustizminister: Augenmaß, Beharrungsvermögen und Ideenreichtum.

Seite 6

Lothar Schwartz zur aktuellen Situation in Berlin: Vogel setzt Maßstäbe - Weizsäcker bleibt Antworten schuldig.

Seite 7

Klaus Daubertshäuser MdB betont das Engagement des Bundes im ÖPNV: Erhöhte Investitionsmittel.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 19

28. Januar 1981

Fehlen der NATO elfeinhalb Panzerdivisionen?

Mehr Meinung des Auftraggebers als objektiver Tatbestand

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die in verschiedenen Tageszeitungen herausgestellte US-Kongreß-Studie über den Mangel an konventionellen Kräften für die Verteidigung Europas wurde vom Congressional Budget Office (CBO) angefertigt.

Das Congressional Budget Office ist eine Einrichtung des amerikanischen Kongresses, das eine wichtige Funktion bei der Haushaltsgesetzgebung innehat. Neben der Festlegung des Gesamthaushaltsumfangs und der Anteil der einzelnen Ressorts soll das CBO die Haushaltsanträge der Administration erläutern, verständlich machen und die Entscheidung der Kongreßangehörigen erleichtern. Zu diesem Zweck legt das CBO zu allen Komplexen und besonders umstrittenen haushaltsrelevanten Themen von sich aus Studien vor, die eine Reihe von Optionen für Lösungswege aufzeichnen und die unterschiedliche Belastung des Haushaltes für die jeweiligen Optionen angeben. Empfehlungen für Lösungen werden nicht gegeben. Die Verfasser der Studie sind unabhängige Wissenschaftler und Fachleute, die zwar Zugang zu den Ministerien haben, die aber letztlich die Meinung des wissenschaftlichen Teams wiedergeben. Das Verfahren, mehrere Optionen aufzuzeigen, führt teilweise zu kaum noch zu vertretenden Künstlichkeiten. In diesem Zusammenhang muß die in der deutschen Presse groß herausgestellte Option des "Fallenlassens West-Europas" gesehen werden.

Der Schwerpunkt der Studie liegt darin, Optionen für die Bewältigung der Bündnisverpflichtungen und der sich aus der CARTER-DOKTRIN für den Persischen Golf ergebenden Forde-



rungen aufzuzeigen. Es wird festgestellt, daß bei Beibehaltung der augenblicklichen Aufgaben zusätzliche Ausgaben von cirka 80 Milliarden Dollar in den nächsten fünf Jahren erforderlich werden. Zwar wird eine Option aufgeführt, die vorsieht, daß auch Verbände, die für die NATO-Verteidigung vorgesehen sind, Rapid Deployment Assignierungen erhalten. Die Kostenersparnis dieser Option wird herausgestellt. Gleichzeitig wird aber auf die Interdependenz der Kriegsschauplätze Persischer Golf und NATO-Europa hingewiesen, wenn es Ziel der CARTER-DOKTRIN sei, die Sowjetunion am Vorgehen in der Golfregion zu hindern. Insofern wird die Option sofort als unpraktikabel verworfen. Gleichzeitig wird aber auch die Notwendigkeit einer größeren Beteiligung der westlichen Bündnispartner bei der Bewältigung aller Aufgaben aus diesem Gedankengang abgeleitet. Im Übrigen beschäftigt sich die Studie ausführlich mit Einzeloptionen für den Ausbau der Rapid Deployment Force und der konventionellen NATO-Verteidigungskräfte.

Die Studie hebt hervor, daß es für die Effektivität dieser Programme unerlässlich ist, daß sich die Verbündeten angemessen an entsprechenden Streitkräfteverbesserungen beteiligen. Ohne eine angemessene Beteiligung der NATO-Verbündeten würde die USA vor der verhängnisvollen Alternative stehen, entweder weiterhin einen Verteidigungsschwerpunkt bei der NATO aufrecht zu erhalten oder ihre Nicht-NATO-Verpflichtungen in den Vordergrund ihres Interesses zu stellen: Eine mindestens fünf Prozent reale jährliche Steigerung in den Verteidigungsausgaben für die nächsten fünf Jahre wird für die USA für unerlässlich gehalten.

Bei der Beurteilung dieser Studie ist zu berücksichtigen, daß die Feststellungen und Empfehlungen des CBO vor dem Hintergrund der bei dieser Haushaltsvorlage nun alle Bereiche umfassende Neuorientierung der Amerikaner in Verteidigungsfragen zu sehen ist.

Sie weichen deshalb in ihrer Tendenz ganz erheblich von den Papieren des CBO der letzten beiden Jahre ab. In Amerika soll jetzt Verteidigungsfähigkeit produziert werden "unabhängig von den Kosten" (Weinberger sprach in seiner Begrüßungsrede im Pentagon davon, daß er die USA "wiederbewaffnen" wolle). Für die verteidigungs-



politische Diskussion mit den USA ist diese Tendenz wichtig. Die konkreten Vorstellungen des CBO sind jedoch weitgehend irrelevant. Sollte der Gesamthalt der Studie, die noch nicht vorliegt, den Angaben dem Wireless Bulletin entsprechen, dann ist mit einiger Überraschung festzustellen, mit welcher Vehemenz sich das bisher für seine rigorose Sparfreudigkeit auch bei der Verteidigung bekannte CBO auf die neue Stimmungslage der Nation und des Kongresses umgestellt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß manche Studienergebnisse eher die Meinung der Auftraggeber als den objektiven Tatbestand wiedergeben.

Die augenscheinlich sehr eindringlich dargestellte Interdependenz der Kriegsschauplätze, die besonders herausgestellte Identität der Interessen der westlichen Bündnispartner nicht nur im Bündnisgebiet und die aufgezeigte Abhängigkeit der amerikanischen Möglichkeiten von der Eigenleistung der Bündnispartner entspricht weitgehend der vorgefaßten Meinung eines Großteils der Kongreßmitglieder. Es kann deshalb mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß alle Ausgaben im Verteidigungshaushalt 1982, die schwerpunktmäßig und hauptsächlich NATO-orientiert sind, vom Kongreß einer besonders kritischen Betrachtung unterzogen werden. Im Hinblick auf die Eigenleistung der europäischen Bündnispartner. Die Ansätze zu einer Relativierung amerikanischer Forderungen nach einer Drei-Prozent-Steigerung der NATO-Verteidigungshaushalte, wie sie aus den Hearings Weinbergers und Haigs abgeleitet werden, sind bestenfalls ein Anzeichen dafür, daß die neue Administration nicht gleich zu Beginn ihres Dialogs mit dem Bündnispartnern eine Verhärtung will. Die Arbeitsteilung zwischen Kongreß und Administration, sowie die Ansicht beider Politiker, daß drei Prozent die untere denkbare Grenze sei, läßt eher eine Verstärkung amerikanischen Drucks auf die Bündnispartner erwarten.

Die Behauptung, daß der NATO elfeinhalb Panzerdivisionen fehlen, ist sehr willkürlich aufgegriffen und nicht überzeugend zu belegen. Es kann jedoch nicht bestritten werden, daß sich die konventionelle Stärke der NATO in West-Europa an der Untergrenze bewegt. Es ist zweifelhaft, das Problem im herkömmlichen Sinne vorwiegend durch finanzielle Mehranforderungen lösen zu wollen. Die Bundesrepublik und die anderen europäischen Staaten sollten vielmehr Strukturverbesserungen im Sinne der Schaffung einer effektiven Miliz-Komponente ins Auge fassen. (-/28.1.1981/ks/ca)

+ + +



Unsere Interessen ergänzen sich  
-----

KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid - eine Chance für die Verbesserung des Zusammenlebens

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Am 27. Januar traten in Madrid erneut die Delegationen aller 35 KSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um die zweite Nachfolgekonferenz fortzusetzen. Damit beginnt die eigentliche Verhandlungsphase, in der neue Vorschläge zur Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses zu prüfen sind. Die bisherigen Beratungen in Madrid waren der Überprüfung der Durchführung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte in den Teilnehmerstaaten gewidmet.

Die sogenannte Implementierungsdebatte ergab, wie nicht anders zu erwarten, unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die KSZE-Schlußakte in den einzelnen Ländern verwirklicht wird. Die sowjetische Intervention in Afghanistan, die Ereignisse in Polen und die Erhöhung des Zwangsumtausches für DDR-Besucher haben ihre Schatten auf den ersten Durchgang dieser für uns so wichtigen Konferenz geworfen.

Dennoch ist sie nicht im Gestrüpp gegenseitiger Anklagen und Beschuldigungen hängen geblieben. Vielmehr haben sich die Teilnehmer den Weg zur Erörterung von Vorschlägen zur Weiterführung der Ost-West-Zusammenarbeit freigeekämpft. Für den Erfolg dieser Konferenzphase ist zweifellos die weitere Entwicklung im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis ein entscheidendes Datum. Wenn es den beiden Weltführungsmächten gelingt, ihr Verhältnis zueinander auf eine tragfähige Grundlage zu stellen, dürfte das Ziel, in Madrid die Weichen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa zu stellen, sehr viel leichter zu erreichen sein.

Vor allem Frankreich und Polen, aber auch Schweden und andere Länder haben sich für ein solches Konferenzprojekt nachhaltig eingesetzt und entsprechende Vorschläge vorgelegt. Der polnische Vertrag sieht vor, am 20. Oktober 1981 in Warschau eine Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa unter Teilnahme aller an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilnehmenden Staaten einzuberufen.



Über das Konferenzdatum, den Konferenzort und das präzise Mandat für eine solche Konferenz muß in Madrid noch eingehend gesprochen werden. Wir sollten jedoch auf westlicher Seite nicht zögern, den Versuch zu machen, die Vertrauensbildung im militärischen Bereich zu stärken. Konkrete, verbindliche, vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa können entscheidend dazu beitragen, die Sicherheit in Europa zu festigen.

Die Hoffnungen der Völker und vor allem der Menschen, die sich in Ost und West mit der KSZE-Schlußakte verbinden, sollten wir nicht enttäuschen. Es gibt noch zahlreiche ungenutzte Möglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Dazu gehört auch der wirtschaftliche Bereich, der insbesondere angesichts der gemeinsam betreffenden Energieknappheit ausbaufähig ist. Die Sicherung unserer Ressourcen liegt sowohl im westlichen als auch im östlichen Interesse. Unsere Interessen auf diesem Gebiet ergänzen sich.

Eine erneute Konfrontation zwischen Ost und West, verbunden mit einem weiteren Wettrüsten und der Verweigerung gegenseitiger wirtschaftlicher Vorteile, wäre für Europa und das geteilte Deutschland eine schlimme Perspektive. Es lohnt sich, alles in unseren Kräften Stehende dafür zu tun, eine solche Entwicklung verhindern zu helfen.

Gewiß, unsere Kräfte reichen nicht aus, um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte auch tatsächlich zum konkreten Erfolg für die Menschen und die politischen Verhältnisse auf unserem Kontinent zu führen. Nachlassen dürfen wir in unseren Anstrengungen dennoch nicht, weil wir uns sonst dem Vorwurf aussetzen würden, eine Chance für die Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen auf unserem Kontinent vertan zu haben. (-/28.1.1981/vo-he/ca)

+

+

+



**Augenmaß, Beharrungsvermögen und Ideenreichtum**  
-----

**Zur Ernennung Jürgen Schmudes zum Bundesminister der Justiz**

**Von Dr. Alfred Emmerlich MdB**

**Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion**

Jürgen Schmude als Bildungspolitiker, als Deutschlandpolitiker, als Innenpolitiker - an diese Stationen eines schon in jungen Jahren an Erfahrung reichen Politikers können sich Akteure und Beobachter der Bundespolitik auf Anhieb erinnern. Bei manchen erscheint in Vergessenheit geraten zu sein, daß der 1969 in den Deutschen Bundestag gewählte Abgeordnete bis zu seiner Berufung als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern im Mai 1974 die rechtspolitischen Entscheidungen des Deutschen Bundestages wesentlich beeinflußt und gestaltet hat.

Als Vorsitzender des Unterausschusses Ehe- und Familienrechtsreform hat Jürgen Schmude das neue Ehe- und Familienrecht mitgeprägt. Er hat wiederholt auf die Grenzen des Gesetzgebers bei der Gestaltung des Ehe- und Familienrechts aufmerksam gemacht. Das ist kennzeichnend für das von jeder Aufgeregtheit freie, abwägende, nüchterne, juristische und politische Urteilsvermögen von Jürgen Schmude.

Seine frühen politischen Erfahrungen hat er in Stadtrat und Kreistag seiner zweiten Heimat Moers gesammelt, seine Berufserfahrungen als Anwalt in der Kanzlei des verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, aus der ein weiterer hervorragender sozialdemokratischer Rechtspolitiker hervorgegangen ist: Diether Posser.

Jürgen Schmude weiß, daß ein Gesetzgeber ohne Augenmaß sein Ziel verfehlen und trotz guter Absichten mehr schaden als nützen kann. Er hat aber auch erfahren und immer vertreten - zum Beispiel als Richterstatter im Rechtsausschuß für das Betriebsverfassungsgesetz -, wie schnell aufs Äußerste bekämpfte Reformen zur Selbstverständlichkeit im Alltag werden. Bei der Schaffung des neuen Mietrechtes war es Jürgen Schmude, der vorschlug, im Falle einer Änderungskündigung nicht mehr das gesamte Mietverhältnis, sondern nur die Erhöhungsforderung zum Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung zu machen - ein ebenso unkonventioneller wie brillanter Einfall, der das Prozeßrisiko im Interesse der sozial Schwächeren verringert und damit ein Beitrag ist für die Chancengleichheit vor Gericht.

In einem Rückblick auf die ersten zehn Jahre seiner Abgeordnetentätigkeit schreibt Schmude:

"Das neue Mietrecht ist in seiner Geltung zeitlich befristet. Zwei Jahre später muß es erneuert werden. Alle wesentlichen Regelungen des ersten Gesetzes bleiben erhalten, aber diesmal stimmt auch die Opposition zu. Die neuen Rechte sind zum selbstverständlichen sozialen Besitzstand der Mieter geworden. Niemand kann es wagen, sie wieder abzubauen. So schnell geht das."

So schnell geht das, aber auch soviel Augenmaß, Beharrungsvermögen und Ideenreichtum sind erforderlich, um Reformen durchzusetzen. Jürgen Schmudes bisheriges Wirken gibt die Gewähr dafür, daß die erfolgreiche Politik der Rechtsreformen weitergeführt werden kann.

(-/28.1.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Berlin braucht praktische Solidarität

Vogel setzt Maßstäbe - Weizsäcker bleibt Antworten schuldig

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Regierende Bürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel hat beim neuen Anfang in und für Berlin Maßstäbe für die politische Kultur unseres ganzen Landes gesetzt.

- Er ist entgegen ebenso absichtsvollen wie unqualifizierten Unterstellungen ohne politische Rückfahrkarte nach Berlin gegangen, um sich der Wahl im Abgeordnetenhaus und den schwierigen Problemen der Stadt zu stellen.
- Er hat mit einer Regierung aus bewährten Berliner Senatoren und mit hoher Sachkompetenz ausgestatteten Politikern aus der Bundesrepublik umgehend und tatkräftig die Arbeit für Berlin und die Wohlfahrt seiner Bürger aufgenommen.
- Er hat in einem Brief an den Präsidenten des Abgeordneten-Hauses "Neuwahlen zum nächstmöglichen Termin" gefordert und damit nachdrücklich die Auffassung des von ihm geführten Senats aktenkundig gemacht, daß die Bürger von Berlin, so rasch es Verfassung, Wahlgesetz und technische Notwendigkeiten zulassen, mit ihrer Stimme über die künftige politische Führung der Stadt unmittelbar entscheiden können sollen.

Aus diesen Vorgängen ergeben sich gewichtige Fragen an den designierten Berliner CDU-Vorsitzenden und Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Richard von Weizsäcker:

- Wann wird Herr von Weizsäcker sein Mandat im Deutschen Bundestag niederlegen und damit zu erkennen geben, daß er seine volle Kraft für Berlin und die Lösung seiner Probleme einsetzen will?
- Wann können die Bürger und die Koalitionsparteien in Berlin endlich damit rechnen, daß vollmundige Ankündigungen und Ansprüche der CDU und ihres Spitzenkandidaten mit einem sachlichen und personellen Konzept glaubwürdig untermauert werden?
- Mit welcher Mannschaft will der parlamentarisch in Bonn verankerte Oppositionsführer der Union in Berlin gegen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Hans-Jochen Vogel, und seinen Senat antreten?

Die Bürger von Berlin und die deutsche Öffentlichkeit haben Anspruch auf längst fällige Antworten auf diese Fragen; Herr von Weizsäcker ist sie seit über einem Jahr schuldig geblieben.

Die Zeit der starken Worte und der lauten Propagandatrommeln ist vorbei. In Berlin ist praktische Solidarität und verantwortungsbewußtes konkretes Handeln gefragt. Es gibt schon zuverlässige Anzeichen dafür, daß die Berliner mit ihrem nüchternen Sinn und wachen Verstand die politisch handelnden Personen in ihrer Stadt vorurteilsfrei an ihren Taten und an ihrer Redlichkeit messen werden. (-/28.1.1981/vo-he/ca)

+ + +



## Erhöhte Investitionsmittel

Engagement des Bundes im öffentlichen Personennahverkehr fortsetzen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Im Zusammenhang mit den veränderten Rahmenbedingungen für den Individualverkehr gewinnt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht nur in der politischen Diskussion an Gewicht, sondern auch in der praktischen Bedeutung für den Verkehrsnutzer. Die Bundesregierung und die sie stützenden Fraktionen tragen dieser Situation Rechnung, indem sie erhöhte Investitionsmittel für den ÖPNV-Bereich zur Verfügung stellen. Trotz dieses Engagements des Bundes darf nicht übersehen werden, daß der ÖPNV Aufgabe der Länder und Gemeinden ist.

Dessen ungeachtet hat sich der Bund sehr stark auf diesem Feld engagiert, seit 1967 hat der Bund circa 24 Milliarden DM aufgewandt, um die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verbessern. Von diesen 24 Milliarden DM ist knapp die Hälfte für Investitionen im ÖPNV verwandt worden.

Daneben muß man auch die Leistungen aus dem Bundeshaushalt für die Deutsche Bundesbahn (DB) sehen. Aufgrund dieser Bundesleistungen ist es der DB möglich gewesen, einen hohen Beitrag zur Bewahrung eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsangebots zu erbringen. 100 Milliarden DM Zuschüsse und sonstige Leistungen an die DB seit 1970 zeigen das gewaltige Engagement des Bundes für den ÖPNV.

Dieses starke Engagement wird im ÖPNV-Bereich in der Zukunft noch verstärkt werden. Dies insbesondere im ländlichen Raum.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1981 enthält deshalb über die bisher für Zwecke des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) verfügbaren Bundesfinanzhilfen hinaus einen zusätzlichen Ansatz für ÖPNV-Investitionen in Höhe von 150 Millionen DM. Ab 1982 fließen den GVFG-Mitteln aus dem Abbau der Gasölbetriebsbeihilfe zusätzlich folgende Mittel zu:

1982	82 Millionen DM
1983	163 Millionen DM
1984	248 Millionen DM.

Sie kommen nach dem jetzt gültigen Aufteilungsschlüssel zu je 50 von Hundert dem kommunalen Straßenbau und dem ÖPNV zugute.

Um die Investitionen zugunsten der Fläche zu verbessern, halten wir es für notwendig, den gegenwärtig gültigen Aufteilungsschlüssel der GVFG-Mittel von 50 zu 50 für kommunalen Straßenbau und ÖPNV auf 60 zu 40 zugunsten der ÖPNV-Investitionen zu ändern und das Recht der Länder bis zu 15 von Hundert des Anteils der GVFG-Mittel für den kommunalen Straßenbau zugunsten von ÖPNV-Investitionen umzuschichten. Diese Verstärkung der Förderungsmittel für den ÖPNV-Bereich sollte von den Kommunen so genutzt werden, daß es zu einer engeren Kooperation zwischen den Pkw-Benutzern und dem ÖPNV kommen kann. Wir denken dabei an den Ausbau von Land-Stadt-Verbindungen durch Ver-





knüpfungs- und Umsteigemöglichkeiten vom Pkw oder Bus zur Schiene. Neben Investitionen für Betriebsleitsysteme sehen wir einen Vorrang für den Bau von attraktiven Parkplätzen an Bus- und Schienenbahnhöfen.

Das starke Engagement des Bundes in der Vergangenheit und die Absichtserklärungen für die zukünftigen Investitionen widerlegen das Gerede von einer verkehrspolitischen Vernachlässigung des Flachlandes. Dies auch klar und eindeutig durch die nachfolgenden Zahlen gewiesen: Der Bund bezuschußt danach jeden Beförderungsfall in der Fläche und in den Mittelstädten mit durchschnittlich 1,20 DM, in den Ballungsräumen mit 0,40 DM.

Von dem Zuwendungsbedarf in Höhe von 4,22 Milliarden DM im Schienenpersonenverkehr der Deutschen Bundesbahn entfielen über drei Milliarden DM oder rund 72 von Hundert auf den Schienenpersonennahverkehr außerhalb der Ballungsräume.

Von den rund 1,2 Milliarden DM für den ÖPNV nach dem GVFG entfallen rund 120 Millionen DM auf den ÖPNV in der Fläche und von den rund 1,2 Milliarden DM für den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG 660 Millionen DM oder rund 60 von Hundert auf die Fläche. Diese Investitionen sind zu einem erheblichen Teil ebenfalls zugunsten des ÖPNV anzurechnen.

Weitere verkehrspolitische Leistungen des Bundes für die Fläche erbringt die Deutsche Bundesbahn mit ungefähr 90.000 Kilometer Linienlänge Omnibusverkehr und die Deutsche Bundespost mit ungefähr 50.000 Kilometer Omnibusverkehr in der Fläche. Die Deutsche Bundesbahn betreibt darüber hinaus auf rund 23.000 Kilometer Schienenpersonennahverkehr. Mit den überwiegend im ländlichen Raum eingesetzten Busdiensten und Regionalgesellschaften werden knapp eine Milliarde Personen pro Jahr befördert.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Deutsche Bundesbahn auch künftig weder im Schienenverkehr noch im Busdienst aus der Fläche zurückziehen wird. Nur dort, wo die Verkehrsleistung zu wirtschaftlich völlig unsinnigen Ergebnissen führen würde, muß gehandelt werden. Der Bundesverkehrsminister hat angekündigt, daß künftige Ausdünnungsmaßnahmen in jedem Einzelfall der jeweiligen Strecke sorgfältig untersucht und einer Nachkalkulation unterzogen werden. Es ist zu begrüßen, daß der Bundesverkehrsminister Initiativen ergriffen hat, um Alternativen zum kostenaufwendigen Zugverkehr durch kostensparende Betriebsverfahren auszuloten, so zum Beispiel durch einen straßenbahnähnlichen Verkehr, ein dafür geeigneter Diesel-Leicht-Triebwagen wird noch in diesem Jahr in die Erprobung gehen.

In Kenntnis dieses gewaltigen Engagements des Bundes für die Verkehrspolitik in der Fläche appellieren wir an den Hauptverantwortungsträger für den ÖPNV, nämlich die Kommunen und die Länder, den Bund bei diesem Engagement nicht allein zu lassen, sondern durch geeignete Investitionsmaßnahmen dem Beispiel des Bundes zu folgen.

(-/28.1.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

